

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



JENSEITS DES KRIEGES

**Mythen und Fakten
zu Krieg und Frieden**

luxemburg argumente

Mit dem täglichen Sterben im Nahen Osten und in der Ukraine ist der Krieg in unsere Wahrnehmung zurückgekehrt. Auf unseren Bildschirmen und Displays rollen Panzer und explodieren Granaten. Bilder zeigen getötete, verwundete und verzweifelte Menschen – das ganze Grauen. Insgesamt wird die Welt kriegerischer. Das aktuelle Konfliktbarometer des Heidelberger Instituts für internationale Konfliktforschung kündigt von einer bitteren Realität: Mit 21 Kriegen gibt es aktuell dreieinhalb Mal so viele wie vor 15 Jahren. Seit Jahrzehnten steigt die Zahl der Kriege, Konflikte und Krisen, bei denen Gewalt angewendet wird, kontinuierlich an, 2022 waren es weltweit 216. In globaler Perspektive ist organisierte Waffengewalt keine Ausnahme – sie ist allgegenwärtig. Auch eine andere Entwicklung verdeutlicht, dass die Zeichen auf Konfrontation stehen: Die weltweiten Militärausgaben sind acht Jahre in Folge gestiegen. Ein globales Wettrüsten ist in Gang.

Was tun? Dieser Band ist ein Beitrag gegen die Ohnmacht. Er nimmt sich elf Mythen über Krieg und Frieden vor und argumentiert gegen die Notwendigkeit von Aufrüstung, Abschreckung und Konfrontation. Er zeigt, dass es politische Entscheidungen sind, die dem Militärischen den Weg ebnen. So wird rekonstruiert, wie Konzepte kooperativer Sicherheit ausgehebelt und wie der gemeinsamen Sicherheit verpflichtete Institutionen geschwächt worden sind. Dabei wird deutlich, dass auch die jüngsten Bundesregierungen im Namen nationaler Sicherheit immer stärker auf Gewaltandrohung und -anwendung setzen. Mehrere Kapitel erinnern an die Verantwortung Deutschlands als einer führenden Rüstungsexportnation und als Staat, der durch seine Wirtschafts- und Handelspolitik andernorts Krisen verursacht, Spannungen verschärft und Gewalt mit auslöst.

Im Band geht es aber auch um Alternativen: Wie können Krisen vermieden, lokale Konflikte gewaltfrei bearbeitet und geopolitische Konkurrenzen anders als durch Konfrontation ausgetragen werden? Wie geht kooperative Sicherheit im 21. Jahrhundert? Und welche Veränderungen sind für eine dauerhafte friedliche Entwicklung nötig? Damit weitet sich der Blick. Denn Kriege und Gewalt fallen nicht vom Himmel. Sie entzündeten sich vor allem dort, wo Lebensgrundlagen zerstört und staatliche Strukturen ruiniert werden. Das gilt es so ernst zu nehmen, wie es ist: Wer über die Hoffnung auf Frieden in der Welt spricht, kann über einen globalisierten Kapitalismus und eine zutiefst ungerechte Weltwirtschaftsordnung nicht schweigen. Dieser Band liefert dafür Argumente.

INHALT

1	«Nur mit Abschreckung sind wir sicher»	3
2	«Die NATO sichert den Frieden»	7
3	«Die Außenpolitik der Bundesregierung ist wertegeleitet»	9
4	«Deutschland liefert keine Waffen in Kriegs- und Krisengebiete»	11
5	«Deutschland tut für den Frieden auf der Welt mehr als genug»	15
6	«Die EU ist durch und durch friedlich»	18
7	«Zivile Krisenprävention ist ein zahnloser Tiger»	21
8	«Sanktionen: Eine Wunderwaffe. Oder doch nicht?»	25
9	«Frieden lässt sich nicht herbeiverhandeln»	28
10	«Bei der Friedenssicherung hat sich die UNO als nutzlos erwiesen»	32
11	«Als Einzelne kann man ja ohnehin nichts tun»	35



H
BOMBE

«NUR MIT ABSCHRECKUNG SIND WIR SICHER»

«Wir müssen unsere Bundeswehr wieder auf Landes- und Bündnisverteidigung ausrichten und ihre Einsatz- und Abschreckungsfähigkeit spürbar erhöhen – damit wir auch morgen noch in Frieden und Freiheit leben können.»

Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) anlässlich des Feierlichen Gelöbnisses der Bundeswehr am 20. Juni 2023

Was wird gesagt?

Der Überfall Russlands auf die Ukraine hat bewiesen: In einer Welt der Bedrohungen ist eine auf Zusammenarbeit setzende Sicherheitspolitik gefährlich. In Frieden und Sicherheit kann man nur leben, wenn man zum Krieg bereit und dazu in der Lage ist, ihn zu führen. Kriegstüchtigkeit herzustellen und zu demonstrieren, ist daher das Gebot der Stunde.

Was ist dran?

Wer den Frieden will, sollte den Krieg vorbereiten. So lautet seit jeher das Credo derjenigen, die Sicherheit nur militärisch denken. In der Phase des Kalten Krieges war Abschreckung die zentrale politisch-militärische Strategie der NATO: Der Sowjetunion sollte glaubhaft demonstriert werden, dass bei jeder Form des Angriffs wirksame Vergeltung droht. Zugespitzt: «Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter.» Zwar hat es damals keinen heißen Krieg in Europa gegeben. Zum Frieden beigetragen hat das «Gleichgewicht des Schreckens» aber keineswegs: Die Konfrontation wurde beständig aufrechterhalten, weltweit fanden Stellvertreterkriege statt und wurden Aufrüstungsspiralen in Gang gesetzt. Immer wieder stand die Welt kurz vor dem Atomkrieg, und sei es nur durch technische Fehler im System. Gigantische Summen wurden für die Rüstung ausgegeben – und damit nicht für Frieden schaffende Verhältnisse. Hieran sei erinnert, weil aktuelle Konfrontationen stark an die Logiken und politischen Strategien von damals erinnern. Dabei waren schon längst andere, auf Ausgleich und Vertrauensbildung setzende Pfade beschritten worden.

Im Zuge einer Entspannungspolitik wuchs in den 1970er- und 1980er-Jahren in Ost und West die Überzeugung, dass Sicherheit eher mit- als gegeneinander möglich ist. Unter Anerkennung der gegenseitigen Sicherheitsinteressen verpflichtete man sich zur Zusammenarbeit in Bereichen wie Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Abrüstung. Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Ende des Kalten Krieges öffnete sich eine einmalige Gelegenheit. Die «Charta von Paris», ein 1990 geschlossenes internationales Abkommen, orientierte alle Staaten Europas auf ein System gemeinsamer Sicherheit – unter Einschluss Russlands. Mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde ein politisches Forum für den Dialog und ein System kollektiver Sicherheit geschaffen. Neben der politisch-militärischen Dimension war damit auch wirtschaftliche, ökologische und menschliche Sicherheit gemeint.

4

Von diesen hehren Zielen blieb im Laufe der Zeit immer weniger übrig (siehe Mythos 2). Das zeigt sich am Bedeutungsverlust der OSZE, die nach und nach ins politische Abseits gedrängt wurde. Die Erosion einer kooperativen Sicherheitsarchitektur offenbart auch die Rüstungskontrolle. Schon 2002 stiegen die USA aus dem bilateralen ABM-Vertrag über die Begrenzung der Atomraketenabwehr aus. Seither haben sowohl die USA als auch Russland die meisten Vereinbarungen zur konventionellen und atomaren Rüstungskontrolle aufgekündigt oder ausgesetzt, zuletzt den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag). Konfrontation statt Kooperation, Abschreckung statt gegenseitiger Kontrolle: Ein qualitativer Rüstungswettlauf mit neuen Waffensystemen und Szenarien atomarer Kriegführung war längst wieder in Gang.

Dann kam Russlands Überfall der Ukraine. Wie Europa und die USA darauf reagieren, ist bekannt: mit Waffenlieferungen, der Nordosterweiterung der NATO und einer nunmehr gut durchsetzbaren eigenen Aufrüstung. Getreu der Logik der Abschreckung stellt man sich möglichst wehrhaft und «kriegsertüchtigt» auf. Um eine Wahrheit kommt man dabei gleichwohl nicht herum: Zwar werden sowohl der Krieg als auch die Ära Putin irgendwann enden. Aber auch dann wird es im Osten Euro-

pas ein Land namens Russland geben – mit einem festen Sitz im UN-Sicherheitsrat (mit Vetorecht), einem gespenstischen Atomwaffenarsenal und trotz oder gerade wegen der Konfrontation mit dem Westen allerlei Verbündeten. Das mag einem nicht gefallen. Wegwünschen lässt es sich nicht.

Angesichts des tausendfachen Sterbens in der Ukraine ist es kaum vorstellbar, mit dem wort-, vertrags- und völkerrechtsbrüchigen Moskau auf absehbare Zeit wieder in einen Dialog über kooperative Sicherheitsmodelle zu treten. Es wird aber sein müssen. Das Nachdenken über langfristige Perspektiven einer Friedens- und Sicherheitsordnung für Europa und die Welt duldet keinen Aufschub. Nur wenn man eine Vorstellung davon entwickelt, wie diese künftig aussehen soll, kann man jetzt alles tun, was dieses Ziel fördert. Denn es hat weitreichende Auswirkungen, wie sich die EU und die NATO aktuell militärisch aufstellen. Aus den 1980er-Jahren stammt das Konzept der «strukturellen Nichtangriffsfähigkeit». Es meint, keine militärischen Fähigkeiten für Überraschungsangriffe oder raumgreifende Offensiven aufzubauen bzw. diese zu beseitigen. Eine Armee kann verteidigungsbereit sein, ohne angriffsfähig zu sein.

5

Von der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit über die Anerkennung der Sicherheitsinteressen aller bis zu einem Verständnis umfassender Sicherheit: Konzepte aus der Phase der Entspannungspolitik sind keineswegs überholt. Trotz und gerade wegen des Kriegs in der Ukraine müssen sie mobilisiert, weiterentwickelt und gestärkt werden, auf europäischer wie auf globaler Ebene. Schon in der vergleichsweise geordneten Welt des Kalten Kriegs war die Politik der Abschreckung ein Spiel mit dem atomaren Feuer. Heute leben wir in einer multipolaren Unordnung mit wirtschaftlichen Krisen und einer heraufziehenden ökologischen Katastrophe. Die Welt kann sich dauerhafte Konfrontation schlicht nicht mehr leisten. Abschreckung war immer schon brandgefährlich. Heute droht sie ins Desaster zu führen.

Entspannungspolitik statt Aufrüstung! Langfristig bringt nur eine Politik der Kooperation Sicherheit für uns und unsere Nachbarn.



«DIE NATO SICHERT DEN FRIEDEN»

«Die NATO engagiert sich für die friedliche Lösung von Konflikten.»

NATO-Website¹

Was wird gesagt?

Die NATO war, ist und bleibt der Garant für die Sicherheit Deutschlands. Auch geopolitisch sorgt sie für Stabilität, indem sie sich an der Seite der Menschenrechte und des Völkerrechts für Frieden einsetzt.

Was ist dran?

Wo soll man da anfangen ... Die North Atlantic Treaty Organization, kurz: NATO, hat sich insofern als Schutzmacht bewährt, dass kein Mitgliedstaat jemals von einem anderen Staat militärisch angegriffen worden ist. Nur ist Frieden eben mehr und etwas anderes als die Abwesenheit von Krieg. Die NATO schafft Frieden, indem sie den Krieg jederzeit möglich macht. So funktioniert Abschreckung (siehe Mythos 1). Dabei hat die NATO nie lediglich «Waffengleichheit» angestrebt, sondern stets Übergewicht hergestellt: Sie war und ist bis heute das mit Abstand mächtigste Militärbündnis der Welt. 2022 verbuchten ihre Mitgliedstaaten mit 1,173 Billionen US-Dollar mehr als die Hälfte aller globalen Militärausgaben.² Begründet hat die NATO ihre Politik stets mit der Bedrohung durch den «Systemrivalen» im Osten. Dass ihr eigenes Dominanzgebaren für die andere Seite nicht minder bedrohlich war und ist, wird dabei ausgeblendet. Nach dem Zusammenbruch des Warschauer Vertrages und dem Ende des Kalten Krieges bestand die Chance, die Konfrontation dauerhaft zu überwinden und umfassend abzurüsten. Doch die NATO schlug einen anderen Kurs ein: Sie positioniert sich weiterhin als Militärbündnis gegen Dritte, sprich: Russland. So kam sie in mehreren Erweiterungsrounden den Wünschen osteuropäischer und schließlich auch der baltischen Staaten auf Aufnahme in die Allianz nach. Aus 17 Mitgliedstaaten im

¹ NATO, unter: www.nato.int/nato-welcome/index_de.html. ² Defence Expenditure of NATO Countries, unter: www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2022/3/pdf/220331-def-exp-2021-en.PDF.

Jahr 1990 sind über 30 geworden. Ignoriert wurden russische Sicherheitsinteressen zudem bei dem Aufbau eines NATO-Raketenabwehrschilts. All das rechtfertigt mitnichten den russischen Krieg gegen die Ukraine und den Versuch, Grenzen mit Gewalt zu verändern. Die Verantwortung der NATO liegt aber darin, dass sie die historische Gelegenheit nach 1990 zur Entwicklung einer kooperativen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einschluss Russlands nicht genutzt hat.

Die Expansion in Europa war keineswegs die einzige Veränderung der NATO nach 1990. Unter einem erweiterten Sicherheitsbegriff hat sie sich von einem Bündnis, das den Ausbruch von Kriegen in Europa verhindern soll, zu einer globalen Ordnungsmacht aufgeschwungen, die bereit und in der Lage ist, überall auf der Welt militärisch einzugreifen. Schon 1992 vereinbarte die Allianz die Bereitschaft zu «Out-of-Area»-Einsätzen. Mehrfach hat sie seither außerhalb des Bündnisgebiets interveniert – mal mit, mal ohne UN-Mandat. Zum «Sündenfall» wurden die Luftangriffe gegen Jugoslawien 1999. Unter Bruch des Völkerrechts demonstrierte die NATO «Handlungsfähigkeit» und schwächte gleichzeitig die OSZE sowie die UNO. Auch der Angriffskrieg der «Koalition der Willigen» gegen den Irak 2003 sowie die Invasionen und Militärschläge des NATO-Mitglieds Türkei in Nordsyrien in den vergangenen Jahren waren völkerrechtswidrig. Ein «Wertebündnis», das für Demokratie einsteht? Diese Mär haben die Mitgliedstaaten selbst widerlegt.

Wie wenig friedentiftend die NATO-Politik ist, zeigt sich auch an den Auslandseinsätzen des Militärbündnisses. Sei es in Libyen, in Somalia, im Irak oder in Afghanistan: Kein Konflikt wurde gelöst, zurück blieben destabilisierte Gesellschaften. Die Zunahme sicherheitspolitischer Krisen in einer multipolaren Welt müsste Anlass sein, auf Basis der UN-Charta neue Anläufe zu nehmen, um eine nun global gedachte kooperative Sicherheitsarchitektur zu errichten. Doch dafür bräuchte es eine ganz andere NATO – oder besser gar keine mehr.

Die NATO ist keine Wertegemeinschaft, sondern ein Militärbündnis, das die Interessen seiner Mitgliedstaaten durchsetzt – im Zweifelsfall auch mit Gewalt und gegen das Völkerrecht. Aus einem Militärbündnis wird kein Friedensengel.

«DIE AUSSENPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG IST WERTEGELEITET»

«Unsere Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik werden wir wertebasiert [...] aufstellen.»

Koalitionsvertrag der Bundesregierung 2021

Was wird gesagt?

Ob in der Außen-, Sicherheits-, Entwicklungs- oder Handelspolitik: Die Bundesregierung handelt bei der Verfolgung nationaler Interessen im Einklang mit Werten wie Demokratie und Menschenrechte. In einem internationalen Systemwettbewerb verteidigt sie liberale Werte gegen autoritäre Rivalen.

Was ist dran?

Ganz neu ist die Rede von den Werten keineswegs. Schon 2010 etwa verkündete der damalige Außenminister Guido Westerwelle: «Deutsche Außenpolitik ist wertorientiert und interessegeleitet. Das sind keine Gegensätze.» Den Beweis, das dem so ist, sind die Bundesregierungen damals wie heute (und dazwischen) allerdings schuldig geblieben.

Um welche Werte geht es eigentlich? Genannt werden Frieden, Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit. Alles wichtige, aus linker Sicht zentrale Begriffe und Prinzipien. Allerdings lassen sie sehr viel Interpretationsspielraum, was sie in welchem Kontext genau bedeuten und wann sie von wem wie geltend gemacht werden. Immerhin schafft es die deutsche Regierungspolitik, Frieden und Menschenrechte im Mund zu führen und gleichzeitig weltweit Waffen zu exportieren, autoritäre Regime zu stützen und eine Migrationspolitik zu betreiben, die Tausende Menschen zum Sterben verurteilt. Die Türkei führt einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg in Nordostsyrien? Die Bundesregierung wie die EU schweigen, schließlich soll Ankara ja Migrant*innen von Europa fernhalten. In Aserbaidschan werden kritische Journalist*innen verfolgt? Traurig, aber egal, der jüngst geschlossene Gas-Deal ist wichtiger.

Wenn es um die eigenen Interessen geht, geraten Werte schnell unter die Räder. Das nennt man Doppelmoral. Offenkundig wurde dies auch während der Corona-Pandemie: Während die Bundesregierung globale Solidarität im Munde führte, kaufte sie anderen Staaten im großen Stil Schutzausrüstung weg. Und statt sich für einen weltweiten Zugang aller zu Impfstoffen einzusetzen, schützte sie die Interessen der hiesigen Pharmaindustrie und verteidigte das Patentsystem bis zum Letzten.

In diesem Sinne ist die Werteorientierung vor allem Rhetorik. Gleichzeitig wird damit auch Politik gemacht. Ein Beispiel: Ein Minister vereinbart in einem autoritären Staat ein Energiegeschäft. Macht er auf der anschließenden Pressekonferenz kritische Anmerkungen zur Menschenrechtslage vor Ort, wirkt der Deal schon etwas weniger schmutzig. Faktisch ändert es nichts, aber es beruhigt das Gewissen und beschwichtigt Wählerschaften. Unter Berufung auf Werte werden auch Allianzen geschmiedet und Gegnerschaften definiert: So sollen den «guten, weil liberalen Wertepartnern» des Westens «böse, weil autoritäre Werterivalen» wie Russland, Iran und China gegenüberstehen. Aus politischen und ökonomischen Konflikten werden moralische Gegensätze gemacht. Diese Aufladung der Außenpolitik ist indes nicht nur wenig glaubwürdig. Sie unterfüttert auch einen moralischen Überlegenheitsanspruch. Das macht Dialog noch schwieriger.³

Hinzu kommt die enorme Fallhöhe der Werteorientierung. Tatsächlich sind die Widersprüche gewaltig. So haben viele Staaten des globalen Südens in ihrer zurückhaltenden Reaktion gegen das kriegführende Russland auf die eklatanten Doppelstandards des Westens verwiesen. Sie haben weder vergessen, mit welchem Druck die EU und die USA Freihandelsabkommen durchsetzen, noch dass völkerrechtswidrige Angriffskriege keineswegs alleinige Sache Russlands sind. Offenkundig überzeugen liberale Werte wenig, wenn sie als rhetorisches Schmiermittel einseitiger Interessenspolitik benutzt werden.

3 Schreiber, Wilfried: Die Friedensfrage und die deutsche Außenpolitik in der Gegenwart, in: Krämer, Raimund (Hrsg.): Jenseits der Konfrontation! Für eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen der EU und Russland, Potsdam 2018, S. 64–74.

Die deutsche Außenpolitik ist nicht von Werten, sondern von nationalen Interessen geleitet. Wenn Menschenrechte und wirtschaftliche Interessen gegeneinanderstehen, dann verlieren die Menschenrechte.

4

«DEUTSCHLAND LIEFERT KEINE WAFFEN IN KRIEGS- UND KRISENGEBIETE»

«Keine Waffen und Rüstungsgüter in Kriegsgebiete.»

Plakat von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestagswahlkampf 2021

Was wird gesagt?

In Deutschland ist der Export von Waffen und Rüstungsgütern streng geregelt. Jede Ausfuhr muss genehmigt werden. Dabei werden menschenrechtliche Belange berücksichtigt. Das führt dazu, dass deutsche Waffen nur dorthin gelangen, wo sie Stabilität und Frieden nicht gefährden.

11

Was ist dran?

Leider gar nichts. Eine falsche Geschichte wird auch dadurch nicht wahr, dass sie stetig wiederholt wird.

Nach dem Grundgesetz dürfen Kriegswaffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt und transportiert werden. Exportgenehmigungen müssen Rüstungsunternehmen beim zuständigen Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle beantragen.⁴ Grundlage der Prüfung ist das Kriegswaffenkontrollgesetz. Laut Paragraph 6 dieses Gesetzes ist die Genehmigung zu verweigern, wenn «die Gefahr besteht, dass die Kriegswaffen bei einer friedensstörenden Handlung, insbesondere bei einem Angriffskrieg, verwendet werden». Das klingt bedacht, aber was ein Angriffskrieg ist, liegt meist im Auge des Betrachters. Selbst der völkerrechtswidrige Krieg der USA gegen Irak 2003 galt für die Bundesregierung als Verteidigungskrieg im Kampf gegen den Terror. Insofern lassen die bestehenden Gesetze und Verordnungen so viele Ausnahmen und

⁴ Wie das genau funktioniert, erklärt der Argumente-Band «Kein Panzer geht in Kriegsgebiete» der Rosa-Luxemburg-Stiftung ausführlich, unter: www.rosalux.de/publikation/id/39650.



Ausweichmöglichkeiten zu, dass von Beschränkungen wenig übrigbleibt. Und explizit ausgeschlossen wird der Export von Waffen in Kriegs- oder Krisengebiete keineswegs. Die Folge dieser vagen Gesetzeslage und -praxis: In der Regel werden rund 99 Prozent aller Anträge genehmigt.

2023 wurden mehr Waffen und Rüstungsgüter aus Deutschland exportiert als jemals zuvor. Das hat auch, aber keineswegs nur mit dem Krieg in der Ukraine zu tun. Schon 2021, also vor dessen Beginn, erreichten die genehmigten Rüstungsausfuhren im Wert von knapp 13,5 Milliarden Euro einen Höchststand.⁵ Unter den waffenexportierenden Ländern der Welt hat Deutschland einen festen Platz unter den «Top Five». Dabei geht nur ein Teil der Lieferungen an «Partnerstaaten» der EU und der NATO. Insgesamt werden Jahr für Jahr Exporte in rund 120 Länder genehmigt. Waffen, Rüstungstechnik sowie Komponenten aus deutscher Fertigung sind globale Exportschlager. Unter den Beziehern sind sehr wohl Länder, die in heißen Kriegen aktiv sind, neben der Ukraine beispielsweise Saudi-Arabien und die Türkei – trotz Ankaras Waffenlieferungen in den Krieg in Libyen, trotz des Bürgerkriegs mit der kurdischen PKK und trotz der Invasion der türkischen Armee in Nordsyrien 2018, bei der nachweislich deutsche Leopard-Panzer im Einsatz waren.

13

Auch jenseits von Kriegen kommen Fertigungen aus deutschen Waffenschmieden zum Einsatz: Mit ihnen unterdrücken diktatorische oder autoritäre Regime die eigene Bevölkerung und verfolgen Minderheiten. So steht Ägypten, ebenfalls ein wichtiger Abnehmer deutscher Rüstungsgüter, wegen massiver Menschenrechtsverletzungen in der Kritik.⁶ Weltweit gibt es kaum einen bewaffneten Konflikt, in dem keine deutschen Waffen im Einsatz sind – und das oft sogar auf beiden Seiten. So wurden im Jemen-Krieg bei allen Konfliktparteien Waffen «Made in Germany» identifiziert. In Syrien kämpften sowohl die Truppen des Assad-Regimes als auch die verschiedenen Rebellengruppen mit deutschen Waffen. In Afghanistan wurden sie

⁵ Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz: Bericht der Bundesregierung über ihre Exportpolitik für konventionelle Rüstungsgüter im Jahre 2021 (Rüstungsexportbericht 2021), unter: www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/ruistungsexportbericht-2021.pdf?__blob=publicationFile&v=1. ⁶ Klug, Tetyana: Faktencheck – Deutsche Waffen in Krisengebieten, Deutsche Welle, 7.2.2022, unter: www.dw.com/de/faktencheck-deutschland-liefert-doch-waffen-in-krisengebiete/a-60667432.

selbst bei den Taliban gefunden. Verwundern kann das nicht. Denn fast jede Waffe findet ihren Krieg. So hat niemand unter Kontrolle, ob Panzer oder Sturmgewehre aus deutscher Produktion in dem Land bleiben, in das sie geliefert wurden, oder weiterverkauft werden, wem sie in die Hände fallen und wozu sie eingesetzt werden.

Mit Friedenssicherung haben Waffenexporte nichts zu tun. Rüstungsexporte schaffen erst die Voraussetzung für die gewaltsame Austragung von Konflikten und zementieren Machtverhältnisse gerade dort, wo Demokratie und Menschenrechte prekär sind. Deswegen kann es nur darum gehen, sich für ein striktes Verbot von Waffenexporten einzusetzen.

Deutschland ist einer der größten Waffenexporteure der Welt, die Bundesregierung genehmigt hemmungslos fast alle Waffenexporte. Künftig sollten alle Waffenexporte verboten werden.

«DEUTSCHLAND TUT FÜR DEN FRIEDEN AUF DER WELT MEHR ALS GENUG»

«Bevor wir Milliarden Euro für internationale Maßnahmen wie Projekte zur Entwicklungshilfe in anderen Ländern ausgeben, sollten wir dieses Geld für die Hilfe der betroffenen Menschen in den Hochwassergebieten und die Landwirte nutzen.»

Christian Haase (CDU), 10.1.2024⁷

Was wird gesagt?

Die Bundesrepublik ist doch schon Humanitäts-Weltmeister. Aber das hat auch Grenzen. Schließlich können wir uns nicht jeder Krise der Welt annehmen – zumal dann, wenn Deutschland seine eigenen Probleme nicht mehr lösen kann.

Was ist dran?

Deutschland tut einiges für den Frieden in der Welt – aber leider noch mehr für den Unfrieden. Doch der Reihe nach. International steht die Bundesrepublik bei den Budgets für Entwicklungszusammenarbeit, aus denen auch Maßnahmen zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung finanziert werden, vergleichsweise gut da. In absoluten Zahlen ist Deutschland laut OECD-Angaben weltweit der zweitgrößte Geber. 2022 stellte Berlin mit 33,3 Milliarden Euro so viel Geld für Entwicklungszusammenarbeit bereit wie nie zuvor. Insgesamt überstiegen die Aufwendungen zuletzt mehrfach die angestrebte Marke von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). 2022 waren es sogar 0,83 Prozent, nur bei drei Ländern lag der Anteil noch höher.

Nun zu den Aber. Tatsächlich hat Deutschland die Zielmarke von 0,7 Prozent in den letzten 53 Jahren 49-mal verfehlt. Erreicht wurde sie nur in Jahren, in denen hohe Ausgaben für die Versorgung von Geflüchteten in Deutschland eingerechnet waren.

⁷ Zitiert in: Petermann, Jan-Henrik: Deutschland first? Wohin und wofür unsere Entwicklungshilfe fließt, RedaktionsNetzwerkDeutschland, 11.1.2024, unter: www.rnd.de/politik/entwicklungshilfe-wohin-und-wofuer-sie-fliesst-ein-ueberblick-FAEU6ZKL6FHINCLPF6YUGI3HTU.html.

Damit hat sich Deutschland selbst zum größten Direktempfänger der eigenen Entwicklungshilfe gemacht. Nach dem Höchstwert von 2022 hat die Bundesregierung die Budgets schon wieder gekürzt – von 2023 auf 2024 gar so stark wie nie zuvor. Hinzu kommt: Die Selbstverpflichtung, 0,2 Prozent des BIP für Maßnahmen in den am wenigsten entwickelten Ländern aufzuwenden, wird krachend verfehlt. 2022 waren es gerade einmal 0,13 Prozent. Viel zu wenig Mittel gelangen also dorthin, wo die Armut am größten und der Bedarf am dringlichsten sind. Stattdessen werden außen-, sicherheits- und handelspolitische Interessen immer offener mit Entwicklungsgeldern bedient. Zuletzt waren zumeist Indien und China die größten ausländischen Empfänger deutscher Entwicklungshilfe.⁸ Eigennutz ist Trumpf.

Müsste also noch mehr getan werden? Unbedingt. Könnte mehr getan werden? Auf jeden Fall. Selbst 0,7 Prozent sind nun einmal nur rund ein Drittel der zwei Prozent des Militärhaushalts. «Die globalen Herausforderungen, zunehmende Konflikte und die Folgen des Klimawandels erfordern nicht weniger, sondern mehr internationale Zusammenarbeit», fordern die Spitzen der Hilfsorganisationen Brot für die Welt und Misereor.⁹

Neben der Frage, wie viel getan wird, stellt sich die Frage, was Deutschland tut und tun kann. Typische Instrumente der von der Bundesregierung finanzierten Friedensförderung sind Mediationen und Vergangenheitsarbeit, Demokratisierungshilfe und Wahlbeobachtung, Kleinwaffenkontrolle und Minenräumung, Wirtschaftsförderung und Korruptionsbekämpfung (siehe Mythos 7). All das ist wichtig. Stets aber liegt der Fokus darauf, was sich in den Krisen- und Konfliktregionen ändern soll. Das wäre überzeugend, hätten diese Krisen und Konflikte allein lokale Ursachen. In einer umfassend globalisierten und kapitalisierten Welt ist das aber nicht der Fall. Viele Spannungen und Krisen von heute sind eng mit der Politik und Lebensweise Europas und damit Deutschlands verwoben. Da sind die Ausbeutung von Rohstoffen und Landraub. Da sind die durch die

⁸ Bocksch, René: Wo deutsche Entwicklungshilfen ankommen, statista, 17.1.2024, unter: <https://de.statista.com/infografik/25614/groesste-empfaenger-deutscher-entwicklungshilfe>. ⁹ Brot für die Welt: Kürzung des Entwicklungsetats ist ein verheerendes Signal, 16.1.2024, unter: www.brot-fuer-die-welt.de/pressemeldung/kuerzung-des-entwicklungsetats-ist-ein-verheerendes-signal.

Industrieländer verursachte Klimakrise, eine ungerechte Weltwirtschaftsordnung und aufgezwungene Handelsabkommen. Und da sind Waffen und Rüstungsgüter aus europäischer und deutscher Produktion. Die Liste ließe sich fortführen.

Blendet man diese Zusammenhänge nicht aus, fällt ein anderes Licht auf die Frage, ob und wie die Bundesregierung sich friedensfördernd engagieren kann: Sie müsste dringend auch vor der eigenen Haustür kehren. Das gesamte Regierungshandeln wäre daraufhin abzuklopfen, ob es – beabsichtigte oder unbeabsichtigte – konfliktverschärfende Folgen hat. Eine «Politik des Unterlassens»¹⁰ würde unterbinden, was anderswo Schaden anrichtet und Krisen auszulösen vermag. Der frühere UN-Sonderberichterstatler Jean Ziegler hat es bezogen auf die Entwicklungszusammenarbeit einmal so formuliert: «Es kommt nicht darauf an, den Menschen der Dritten Welt mehr zu geben, sondern ihnen weniger zu stehlen.» In diesem Sinne müsste die Bundesregierung unfaire Handelsabkommen beenden und Konzerne strengen Regeln und Kontrollen unterwerfen. Sie könnte sich für einen Schuldenerlass, die Regulierung der Finanzmärkte und ein Verbot der Spekulation mit Nahrungsmitteln einsetzen. In afrikanischen Partnerstaaten die Bekämpfung der «illegalen Verbreitung und unsachgemäße Lagerung von Kleinwaffen und Munition» zu fördern, ist das eine; deren Export aus Deutschland zu stoppen, das andere. Die Bundesregierung hat unendlich viel zu tun – hier und nicht nur anderswo.

Eine wirksame und finanziell starke Entwicklungszusammenarbeit trägt dazu bei, Konflikte zu entschärfen und Krisen vorzubeugen. Zugleich muss die Bundesregierung alles unterlassen, was anderswo konfliktverschärfend wirkt.

¹⁰ Wolff, Jonas: Krisenprävention durch Unterlassen: Überlegungen im Anschluss an die HSFK-Jahreskonferenz 2017, unter: <https://blog.priif.org/2017/10/09/krisenpraevention-durch-unterlassen-ueberlegungen-im-anschluss-an-die-hsfk-jahreskonferenz-2017>.

«DIE EU IST DURCH UND DURCH FRIEDLICH»

«Ziel ist es, das Friedensprojekt Europa für unsere Kinder und Enkelkinder weiter mit Leben zu füllen.»

Außenministerin Annalena Baerbock (Bündnis 90/Die Grünen),
9.5.2022¹¹

Was wird gesagt?

Die Europäische Union hat für Frieden in Europa gesorgt. Auch die Auslandseinsätze dienen dem Frieden und dem Schutz von Menschenrechten. Zwar baut die EU auch ihre militärischen Fähigkeiten aus, aber nur in Reaktion auf die Aggression Russlands.

Was ist dran?

2022 war es soweit: Mit dem «Strategischen Kompass der EU» verabschiedete der Europäische Rat erstmals eine vollwertige Militärstrategie. Damit sollen Entscheidungsprozesse für Militäreinsätze beschleunigt, eine 5.000-köpfige Eingreiftruppe etabliert und Aufrüstungsprogramme forciert werden. All das geschieht vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine. Hat Moskau mit seiner Invasion Brüssel dazu genötigt, sich «kriegstüchtig» aufzustellen? Der Gedanke liegt nahe – und ist doch grundfalsch. Denn die Militarisierung der EU hat bereits Jahrzehnte vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine begonnen. Ein kurzer Blick zurück.

Lange Zeit war die europäische Einigung ein ziviler und vor allem wirtschaftlicher Prozess. Innerhalb einer politisch und ökonomisch verflochtenen Gemeinschaft mit einem gemeinsamen Binnenmarkt, so die Idee, würde Waffengewalt obsolet sein. Die Befriedung nach innen gelang tatsächlich. Nach außen war die EU allerdings immer schon mehr als das «Friedensprojekt einer Wirtschafts- und Wertegemeinschaft». Stets ging es auch darum, gemeinsam Interessen besser durchsetzen zu können. Anfang der 1990er-Jahre legte die EU mit dem Maastrichter

¹¹ Auswärtiges Amt, 9.5.2022, unter: www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/baerbock-europatag/2525612.

Vertrag dann erstmals die Grundlagen für eine nun auch gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Mit dem Eurokorps und der Schnellen Eingreiftruppe entstanden europäische Einsatzkräfte.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzte endgültig ein Paradigmenwechsel¹² ein: Im Namen einer europäischen Sicherheitspolitik werden seither militärische Strukturen und operative Kapazitäten auf- und ausgebaut – deutlich zulasten ziviler Programme. So wurden 2004 die Europäische Verteidigungsagentur und eine zivil-militärische (!) Planungsstelle eingerichtet sowie EU-Kampftruppen geschaffen. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union von 2009 wurde eine «schrittweise Verbesserung der militärischen Fähigkeiten» festgeschrieben. 2016 brachte die damalige Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, den neuen Kurs so auf den Punkt: «Die Idee, dass Europa eine ausschließlich ‹zivile Macht› ist, wird der sich abzeichnenden Realität nicht gerecht. Im heutigen Europa gehen Soft Power und Hard Power Hand in Hand.»¹³ Das Kooperationsprogramm Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) von 2016 verpflichtete die Mitglieder, ihren Verteidigungshaushalt regelmäßig zu erhöhen und Investitionsausgaben für Verteidigungsgüter schrittweise zu steigern. Der 2021 eingerichtete Europäische Verteidigungsfonds von über acht Milliarden Euro wies im Gemeinschaftshaushalt erstmalig ein Budget für militärische Zwecke aus. Der «Strategische Kompass» ist also nur der vorläufige Höhepunkt einer über zwei Jahrzehnte systematisch vorangetriebenen europäischen Kriegsertüchtigung.

Die EU verfolgt dabei nicht zuletzt wegen innerer Differenzen eine Doppelstrategie: Während sie ihre Partnerschaft mit der NATO intensiviert, baut sie unter dem Schlagwort der strategischen Autonomie gleichzeitig eigenständige Strukturen bei Rüstung, Truppenentsendungen und Entscheidungsstrukturen auf. Umgesetzt wird all dies in erster Linie von den im Europä-

12 ENAAT/Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro Brüssel: Eine militariserte Union. Analysen und Hintergründe zur Militarisierung der Europäischen Union, 2021, unter: www.rosalux.eu/de/article/2136.eine-militarisierte-union.html. 13 Mogherini, Federica: Eine Strategie, um Europa zu einigen und zu schützen, in: Project Syndicate, 11.7.2016, unter: www.project-syndicate.org/commentary/new-european-security-policy-by-federica-mogherini-2016-07/german?barrier=accesspaylog.

ischen Rat vertretenen nationalen Regierungen. Das Europäische Parlament verfügt über wenig Mitspracherechte. Maßgeblichen Einfluss hingegen hat die europäische Rüstungsindustrie mit ihrer beharrlichen Lobbyarbeit.

Der neue Kurs schlägt sich auch in bislang rund 20, zum Teil explizit militärischen EU-Auslandsmissionen nieder. Keine diente der Verteidigung des eigenen Territoriums, alle wurden als Frieden schaffende oder sichernde Einsätze legitimiert. Auffällig viele fanden aber – sei es in der Demokratischen Republik Kongo oder in Mali – in Ländern statt, wo bei EU-Mitgliedsländern hochbegehrte Rohstoffe vorkommen. In zunehmendem Maße ist die EU bereit, ihre wirtschaftlichen, handelspolitischen und geostrategischen Interessen durch die Demonstration und den Einsatz militärischer Gewalt zu sichern. Teil der «Versicherlichung» der EU-Politik ist auch die aggressive Flüchtlingsabwehr an massiv aufgerüsteten EU-Außengrenzen.

20

Angesichts vielfältiger Krisen gibt es gute Gründe, dass sich die EU global engagiert. Dabei spricht nichts gegen, viel aber für eine wachsende strategische Autonomie. Diese darf jedoch nicht darin bestehen, sich zur wehrhaften Festung aufzurüsten und sich in einer militarisierten Großmacht Konkurrenz als neuer eigenständiger Akteur in Stellung zu bringen. Im Gegenteil: Die EU müsste ihr Gewicht für kooperative Sicherheitskonzepte und globalen Ausgleich einsetzen. Hierfür ist eine radikale Kehrtwende notwendig: hin zu einer Union der Entmilitarisierung sowie einer friedensfördernden Außen-, Entwicklungs- und Menschenrechtspolitik.

Die EU muss zu einem echten Friedensprojekt werden, nicht nur innerhalb Europas, sondern weltweit. Eine hochgerüstete EU, die überall auf der Welt militärisch ihre Interessen durchsetzt, ist nicht erstrebenswert.

«ZIVILE KRISENPRÄVENTION IST EIN ZAHNLOSER TIGER»

«Im Sinne Integrierter Sicherheit fassen wir bei Krisenprävention, Konfliktbewältigung und Friedensförderung zivile, militärische und polizeiliche Mittel zusammen.»

Auswärtiges Amt, Juni 2023¹⁴

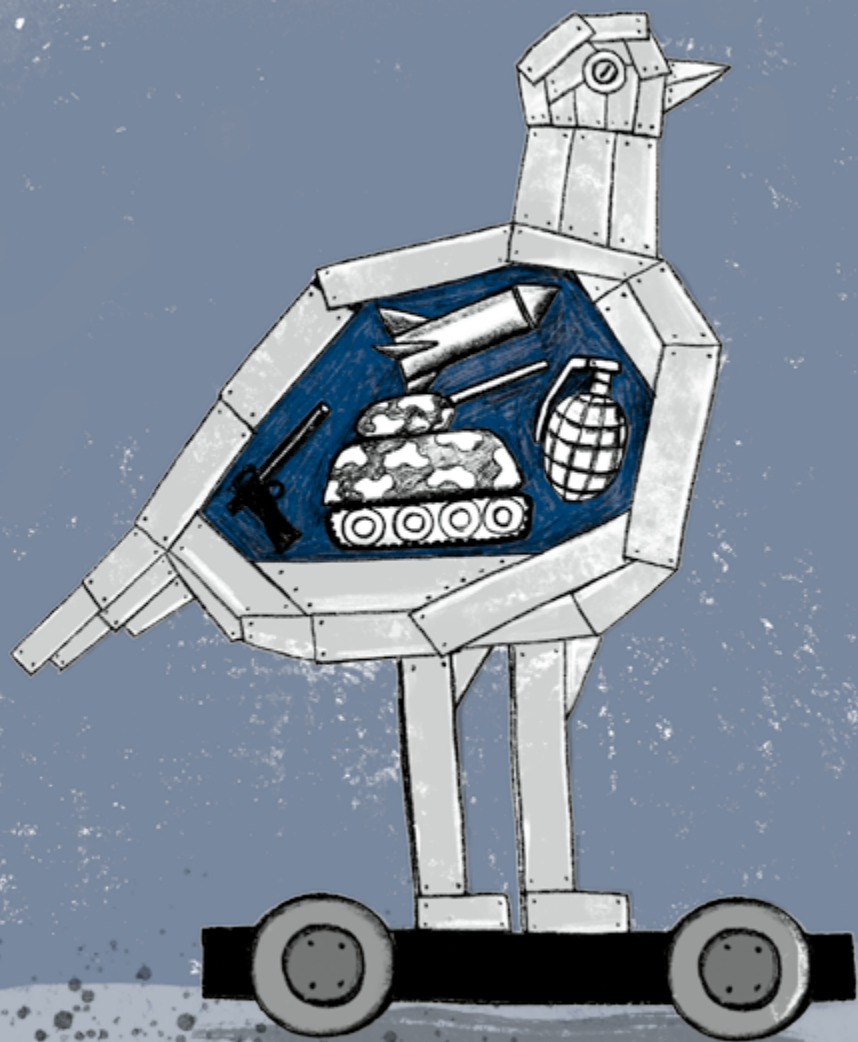
Was wird gesagt?

Eskalierende Spannungen kann man nicht mit einem Gesprächskreis stoppen, gewaltsame Konflikte nicht mit zivilen Helfer*innen beenden. Damit zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention funktionieren, müssen sie eng mit militärischen Maßnahmen vernetzt werden.

Was ist dran?

Zunächst ist eine Lanze zu brechen: Zivile Ansätze zur Krisenprävention und Konfliktbearbeitung waren, sind und bleiben unentbehrliche Werkzeuge, um Gewalt zu verhindern und Frieden zu schaffen. Das gilt auch und gerade für innerstaatliche Konflikte. Seien es Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, ethnisch-religiöse Spannungen oder Übergriffe durch Milizen auf die Zivilbevölkerung: Zivile Friedensarbeit kann zur Deeskalation beitragen, indem sie Dialog stiftet, Interessen ausbalanciert, Versöhnungsprozesse initiiert und Gerechtigkeit fördert. In der Regel sind einheimische Kräfte und Organisationen hierfür die geeignetsten Akteure. Aufgrund ihrer intimen Kenntnis der lokalen Situation können sie Konflikte frühzeitig erkennen und angemessen intervenieren. Ihre Arbeit aber muss ermöglicht, also auch finanziert werden. Hierbei kommt deutschen Friedens- und Entwicklungsorganisationen eine Mittlerrolle zu: Mal mit Expertise und Fachkräften, meist mit Geld unterstützen sie Partnerorganisationen in Krisen- und Konfliktregionen. Eben hierfür wurde zum Beispiel vor 25 Jahren der von der Bundesregierung geförder-

¹⁴ Auswärtiges Amt: Wehrhaft. Resilient. Nachhaltig. Integrierte Sicherheit für Deutschland. Nationale Sicherheitsstrategie, 2023, S. 14, unter: www.bmvg.de/resource/blob/5636374/38287252c5442b786ac5d0036ebb237b/nationale-sicherheitsstrategie-data.pdf.



te Zivile Friedensdienst gegründet. Unter seinem Dach werden in Guatemala lokale Organisationen bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs unterstützt; im ehemaligen Jugoslawien entstanden aus der Trauma-Arbeit mit Kriegsveteranen Versöhnungsinitiativen; in Simbabwe werden Landkonflikte durch konstruktiven Dialog friedlich zu lösen versucht.

Zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung haben viele Gesichter. Weitaus günstiger und erfolgversprechender als Waffen und Gewalt können sie «Frieden von unten» schaffen. Die Wege dahin sind selten spektakulär und meist langwierig. Umso mehr muss diese Arbeit dauerhaft gefördert und ausgestattet werden. Viele Friedens- und Entwicklungsorganisationen sind jedoch auf Spenden angewiesen. Die staatliche Förderung ist in vielerlei Hinsicht unzureichend. Im Vergleich zum Militäretat fristen Friedensdienste ein Schattendasein. Mit einem Bruchteil der Summen, die die Auslandseinsätze der Bundeswehr in den vergangenen Jahren verschlungen haben, hätten Tausende Menschen in Afrika und Asien zu Friedensfachkräften in der Region ausgebildet und lokale Strukturen für deeskalierende Einsätze geschaffen werden können. Allein die 18 jüngst für die Bundeswehr bestellten Kampfpanzer Leopard 2A8 kosten fast 50 Millionen Euro mehr, als dem Auswärtigen Amt 2022 für seine gesamten Maßnahmen zur Krisenprävention, Stabilisierung und Friedensförderung zur Verfügung standen. Im Sommer 2023 demonstrierten rund 50 Friedensorganisationen in Berlin: Unter der Überschrift «Frieden gibt es nicht umsonst» wandten sie sich gegen die von der Bundesregierung geplante Kürzung der Mittel für Krisenprävention und -bewältigung um mehr als 20 Prozent.

Es ist kein Zufall, dass die Schere zwischen Militärbudgets und zivilen Maßnahmen immer weiter aufgeht. Friedenspolitik wird zunehmend sicherheitspolitisch verstanden und militärisch definiert. Auch die aktuelle Bundesregierung beruft sich auf die Leitlinie «Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden

fördern».¹⁵ Unter diesem Titel wurde 2017 das bis dahin geltende Primat ziviler Ansätze ausgehebelt. Stattdessen wurden sie in das zivil-militärische Konzept einer «vernetzten Sicherheit» integriert. Friedenspolitik hat also nicht einmal mehr rhetorisch Vorrang. Dagegen ist die Unabhängigkeit ziviler Politik zu verteidigen, und gewaltfreie Instrumente müssen als Alternative zu militärischem Handeln weiterentwickelt werden. Deutschland und die Europäische Union sollten eine Vorreiterrolle bei der zivilen Konfliktprävention einnehmen.

Damit zur anderen Seite der Kritik. Selbst eine konsequente und gut ausgestattete zivile Friedensarbeit springt dann zu kurz, wenn sie sich damit begnügt, ungerechte Verhältnisse zu befrieden bzw. gewaltfrei zu halten, aber die Ursachen des Konflikts außer Acht lässt. Diese liegen keineswegs immer dort, wo die Eskalation stattfindet, sondern oft direkt bei uns vor der Haustür (siehe Mythos 5). Es ist Aufgabe von Friedens- und Entwicklungsorganisationen, diese politischen Zusammenhänge wahrzunehmen und anzugehen.

Viele Konflikte lassen sich mit friedlichen Mitteln lösen, bevor sie zu einem Krieg eskalieren. Dafür muss man aber Geld in die Hand nehmen und wirksame Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung finanzieren.

«SANKTIONEN: EINE WUNDERWAFFE. ODER DOCH NICHT?»

Was wird gesagt?

Zu Sanktionen gibt es viele Mythen, die so gegensätzlich sind, dass wir an diesem Punkt keinen einzelnen Mythos diskutieren, sondern verschiedene. Denn an Sanktionen scheiden sich die Geister. Die einen preisen sie als mächtiges nicht-militärisches Instrument – eine Art «ökonomische Waffe» –, mit dem sich Gewalt einhegen lässt. Andere kritisieren sie als wirkungslose Symbolpolitik, als fehlgeleitetes Instrument, das angeblich immer die Falschen trifft, oder als illegitim.

Was ist dran?

Belege lassen sich für alle Perspektiven anbringen: Haben Sanktionen nicht dazu beigetragen, das Apartheidsystem in Südafrika zu Fall zu bringen? Und haben Waffenembargo und Einfuhrstopps von Konfliktrohstoffen den Kriegsparteien in Angola, Liberia oder Sierra Leone nicht effektiv Nachschub und Einnahmequellen entzogen? Umgekehrt hat das rigorose Handelsembargo gegen den Irak ab 1990 das Regime Saddam Husseins keineswegs gestürzt, aber zum Tod Hunderttausender Unschuldiger geführt. Und wie ist es einzuordnen, dass kein einziger Staat in Afrika jemals ein Handelsverbot gegen einen nordwesteuropäischen Staat verhängt hat – umgekehrt aber viele Sanktionsmaßnahmen beschlossen wurden? Über Sanktionen an sich zu urteilen, ist offensichtlich wenig hilfreich. Zu unterschiedlich sind die Kontexte, zu verschieden die Maßnahmen und zu divers die Folgen. Es lohnt sich, näher hinzuschauen.

Laut UN-Charta darf der Sicherheitsrat «bei Bedrohung oder Bruch des Weltfriedens» Sanktionen verhängen, vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen bis hin zur vollständigen Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen. Sanktionen gelten dabei als Zwangsmaßnahme, die dann zum Einsatz kommen kann, wenn diplomatische Bemühungen gescheitert sind – und bevor militärische Optionen gezogen werden. In diesem Sinne sind sie sehr wohl Alternativen zu Waffenlieferungen und Militäreinsätzen.

Seit dem Ende des Kalten Kriegs hat der UN-Sicherheitsrat über 30 sogenannte Sanktionsregime, also abgestimmte Maßnahmenpakete, verhängt. Nicht zuletzt aufgrund der katastrophalen Erfahrung im Irak wurde 1995 das Gebot der «humanitären Rücksichtnahme» zur Minimierung der unbeabsichtigten Nebenfolgen eingeführt.¹⁶ Seither wird versucht, gezielter vorzugehen: «Smart sanctions» sollen lediglich abgegrenzte Wirtschaftsbereiche treffen oder Finanztransaktionen unterbinden. Mal werden Auslandsguthaben verantwortlicher oder einflussreicher Personengruppen eingefroren, mal Einreiseverbote verhängt. In den meisten Fällen sind Sanktionen bislang bei innerstaatlichen Gewaltkonflikten beschlossen worden, meist betrafen sie afrikanische Staaten. Andere Sanktionen etwa gegen den Iran und Nordkorea hatten und haben zum Ziel, die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen zu behindern beziehungsweise den Terror der Taliban oder Al-Qaidas zu schwächen.

26

Neben diesen multilateralen, vom UN-Sicherheitsrat verhängten Sanktionen gibt es unilaterale: Das heißt, ein Staat (oder ein Staatenbündnis) sanktioniert einen anderen Staat. Die USA tun das seit Jahrzehnten mit Kuba, die EU hat seit Beginn des Ukraine-Kriegs ein Dutzend Sanktionspakete gegen Russland beschlossen. Immer häufiger werden solche Maßnahmen im Zuge geostrategischer und wirtschaftlicher Interessenspolitik eingesetzt. So haben die USA unter Donald Trump den chinesischen Konzern Huawei ebenso sanktioniert wie Mitglieder des Internationalen Strafgerichtshofs. Ob und wann unilaterale Sanktionen rechtmäßig sind, ist – das zeigt eine Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung¹⁷ – oftmals umstritten.

Was nicht übersehen werden darf: In der Regel sanktionieren mächtige Staaten schwächere. Auch kann keine UN-Sanktion gegen den Willen eines ständigen Mitglieds des Sicherheitsrats beschlossen werden, daher gibt es aktuell auch keine UN-Sanktionen gegen Russland. Beides macht offenkundig, welch

16 United Nations, Security Council, 13.4.1995, unter: www.securitycouncilreport.org/atf/cf/%7B65BF9B-6D27-4E9C-8CD3-CF6E4FF96FF9%7D/ROL%20S1995%20300.pdf. **17** Kiel, Hannah: Unilaterale Sanktionen im internationalen Recht, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 18.10.2023, unter: <https://rosalux.nyc.de/internationalen-sanktionen>.

machtpolitische Schieflage das Instrument in einer ungerechten Weltordnung und innerhalb der Strukturen der Vereinten Nationen hat.¹⁸

Ungeachtet dessen haben Sanktionen sehr wohl zur Deeskalation von Konflikten beigetragen. Studien kommen zu dem Ergebnis, dass rund jedes dritte Sanktionsregime hinsichtlich der angestrebten Ziele zumindest teilweise erfolgreich ist.¹⁹ Das mag nach wenig klingen. Aber andere Maßnahmen der Krisenpolitik wie Mediationen, Blauhelm-Missionen oder Militärinterventionen schneiden nicht besser ab. Hinzu kommt die abschreckende Wirkung: In manchen Fällen hat allein die Androhung von Sanktionen den Zielstaat zum Einlenken bewegt.

Sanktionen, ja oder nein? Es gibt keine einfache Antwort. Einigkeit herrscht darüber, dass Sanktionen umso erfolgreicher sind, wenn sie a) in umfassende Maßnahmenpakete eingebettet sind, b) möglichst breit getragen und konsequent umgesetzt werden und c) wenn sowohl die Ziele als auch die Ausstiegsszenarien klar und realistisch definiert sind.²⁰ Wer sanktioniert wird, muss kalkulieren können, nach welchen Zugeständnissen welche Sanktionen aufgehoben werden. Ansonsten bleiben Sanktionen nebulöse Strafregime. Aus menschenrechtlicher Sicht ist zu ergänzen: Ungewollte Nebenwirkungen, die die Zivilgesellschaft treffen, gilt es möglichst zu vermeiden.

Im Wissen, dass Sanktionen sehr differenziert angewendet werden können, sollten sie als «friedliche Zwangsmaßnahme» im Instrumentarium internationalen Krisen- und Konfliktmanagements verbleiben – zumal dann, wenn ihre Anwendung, Durchsetzung wie auch Verhinderung nicht allein Sache der mächtigen Staaten bleibt. Hierfür bedarf es einer Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen innerhalb der UNO (siehe Mythos 10). Die Diskussion, welche Sanktionen wann von wem

18 Pabst, Yaak: Der Bluff mit den Sanktionen: Strafen als Ausdruck imperialer Politik, in: der Freitag 12/2023, unter: www.freitag.de/autoren/yaak-pabst/sanktionen-sind-nicht-nur-strafaktion-sondern-auch-ausdruck-imperialer-politik. **19** EUSANCT: Funktionieren supranationale Zwangsmaßnahmen? Beginn, Wirkung und Effektivität von EU-Sanktionen, 2020, unter: <https://gepris.dfg.de/gepris/projekt/277227328/ergebnisse>. **20** Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e. V.: Die Sanktionspolitik der Vereinten Nationen, UN-Basis-Informationen 60, 2019, unter: https://dgvn.de/publications/Bilder/Basis-Informationen/BI_60_UN-Sanktionen_web.pdf.

verhängt werden können, um zu Frieden und zur Stärkung von Menschenrechten und demokratischen Normen beizutragen, ist wichtig und unbedingt zu führen.

Schlecht gemachte Sanktionen sind wirkungslos, ganz schlecht gemachte können schwere Schäden anrichten. Aber gut gemachte Sanktionen können eine echte Alternative zu Krieg und Gewalt sein.

9

«FRIEDEN LÄSST SICH NICHT HERBEIVERHANDELN»

«Ein Gespenst schleicht durch Deutschland. Dieser Geist hat auch einen Namen: Verhandlungslösung.»

Zeitschrift *Focus*, 5.7.2022²¹

28

Was wird gesagt?

Wenn erst einmal die Waffen sprechen, hat Dialog keine Chance. Auf diplomatischem Weg lassen sich Verhandlungen nicht erzwingen. Und die Gewalt kann erst enden, wenn eine der Kriegsparteien aufgibt.

Was ist dran?

Die Analyse von Kriegen der vergangenen Jahrzehnte zeigt, dass nur zwei von zehn zwischenstaatlichen Kriegen mit Sieg und Niederlage enden. Drei von zehn erlahmen und köcheln ohne klares Ergebnis vor sich hin. Jeder zweite Krieg aber wird durch Verhandlungen beendet.²²

Das erste Ziel von Verhandlungen ist es, die Waffen zum Schweigen zu bringen und damit Menschenleben zu retten. In weiteren Schritten geht es darum, einen Friedensvertrag mit wechselseitigen Sicherheitsgarantien zu vereinbaren. Um über

²¹ Reitz, Ulrich: «Friedensfreunde» wollen Verhandlungen mit Putin und hängen gefährlichem Mythos nach, in: *Focus*, 5.7.2022, unter: www.focus.de/politik/ausland/ukraine-krise/kommentar-von-ulrich-reitz-unfrieden-ohne-krieg-warum-verhandlungen-mit-putin-keine-loesung-sind_id_110271364.html. ²² BICC/IFSH/INEF/PRIF: Noch lange kein Frieden. Friedensgutachten 2023, Bielefeld 2023, S. 6, unter: www.friedensgutachten.de/ueber-uns.

den Tag hinaus Frieden zu sichern, stehen viele weitere Themen an. Je nach Konflikt kann es darum gehen, Pufferzonen einzurichten, Gruppen zu entwaffnen, eine Übergangsjustiz zu schaffen, Opfer zu entschädigen oder einen Versöhnungsprozess auf den Weg zu bringen. Vor allem braucht es Regelungen für die (Sicherheits-)Probleme, die für den Krieg ursächlich waren.

Über all das müssen verfeindete Parteien miteinander verhandeln, die einander eben noch Tod und Zerstörung gebracht haben. Friedensverhandlungen sind zweifellos ein hochkomplexes und stets vom Scheitern bedrohtes Gezerre. Oft dauern sie Jahre, nie führen sie zu Wunschergebnissen, sondern bestenfalls zu schwierigen Kompromissen, die beiden Seiten weh tun. Hat eine Partei das Gefühl, über den Tisch gezogen worden zu sein, wird der Frieden nicht von Dauer sein. Bei den Vereinten Nationen gibt es das Sprichwort «Ein guter Kompromiss ist, wenn beide Seiten gleichermaßen unzufrieden sind.»

Die Herausforderungen sind also gewaltig. Aber sie können gemeistert werden. Einige Beispiele: Das Abkommen von Dayton 1995 hat den Bosnien-Krieg beendet, das Karfreitagsabkommen 1998 den Konflikt in Nordirland befriedet. 2016 schlichtete ein Abkommen die jahrzehntelangen Kämpfe zwischen der FARC-Guerilla und der kolumbianischen Regierung. Zwar sind auch in diesen Fällen weder alle Fragen gelöst noch sämtliche Spannungen überwunden. Die Friedens- und Konfliktforschung spricht in Fällen, in denen Konflikte und ihre potenzielle Eskalation fortbestehen, von einem «kalten Frieden», also von Situationen, die gefährlich bleiben. Aber jeder kalte Frieden ist besser als ein heißer Krieg.

Wann sind verfeindete Parteien bereit, sich miteinander an einen Tisch zu setzen? Hierzu bedarf es der Initiative und des Drucks von außen. Es ist Aufgabe der internationalen Diplomatie, regionaler Bündnisse und multilateraler Organisationen wie der UNO, Gespräche zu initiieren und mit Expertise zu moderieren. Dafür müssen Vermittler gefunden werden, die von beiden Seiten anerkannt werden. Entscheidend ist der Zeitpunkt, der



«reife Moment».²³ Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen Friedensschluss haben erst dann eine Chance, wenn es hüben wie drüben den politischen Willen dazu gibt. Ein Faktor kann dabei die viel zitierte Kriegsmüdigkeit sein: Wenn in der Gesellschaft die Bereitschaft geschwunden ist, den Krieg und seine Auswirkungen zu tragen, kann das Druck auf Politik und Militär erzeugen – vor allem dann, wenn sich die Erschöpfung in politisch organisiertem Unmut äußert oder die wirtschaftlichen Eliten ihre Interessen gefährdet sehen. Ein anderer Faktor ist: Glauben die verantwortlichen Führungen noch, ihre Ziele durch die Fortsetzung des Krieges erreichen zu können? Oder ist eine Pattsituation eingetreten, in der für alle «die Kosten den Nutzen übersteigen», es also nichts mehr zu gewinnen, aber viel zu verlieren gibt? In einer solchen Konstellation kann die Stunde von Friedensverhandlungen schlagen.

Die internationale Diplomatie darf gleichwohl nicht abwarten, bis es soweit ist. Sie muss aktiv darauf hinwirken. Es ist ihre Aufgabe, Gesprächskanäle offenzuhalten und unablässig Möglichkeiten für Verhandlungen auszuloten. Vor allem muss sie Allianzen schmieden und Verbündete der Kriegsparteien von einer Friedensinitiative überzeugen. Ein Krieg wird immer von mehr Akteuren getragen als von denen, die ihn austragen. Jeder Kriegführende braucht politischen Beistand, Waffen und Geld von außen. Selbst eine Macht wie Russland ist auf die Duldung des Krieges durch Staaten wie China angewiesen, benötigt Technologieimporte und muss Abnehmer seiner Rohstoffe finden. Frieden wird dann wahrscheinlicher, wenn die Kosten der Kriegführung in die Höhe getrieben werden. Hier können und müssen diplomatische Bemühungen ansetzen.

Es gibt immer eine Chance auf eine Verhandlungslösung – und es kann auch von außen viel dafür getan werden, dass Kriegsparteien sich an einen Tisch setzen.

«BEI DER FRIEDENSSICHERUNG HAT SICH DIE UNO ALS NUTZLOS ERWIESEN»

«UN-Vollversammlung: Hilflös in New York»

Frankfurter Rundschau, 21.9.2022²⁴

Was wird gesagt?

Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen blockieren sich die fünf ständigen Mitglieder gegenseitig. Friedensbemühungen der UNO sind allzu oft ohnmächtig und viele Blauhelm-Missionen gescheitert. Mit dieser UNO ist kein Frieden machbar.

Was ist dran?

Es begann so hoffnungsvoll. «Wir, die Völker der Vereinten Nationen – fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren [...], haben beschlossen, in unserem Bemühen um die Erreichung dieser Ziele zusammenzuwirken.» Diese Worte stehen am Anfang der 1945 verabschiedeten Präambel der Charta der Vereinten Nationen.

Knapp 80 Jahre später stecken die UNO und mit ihr der Multilateralismus in ihrer wohl größten Krise, Generalsekretär António Guterres spricht gar von einer «kolossalen globalen Dysfunktion».²⁵ Der UNO gelingt es kaum, ihre wegweisenden Normsetzungen – von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bis zu den 17 Zielen für eine nachhaltige Entwicklung – geltend zu machen. Glaubwürdigkeit eingebüßt hat die UNO aber vor allem in ihrer ureigensten Aufgabe, Frieden auf der Basis des Völkerrechts zu sichern. Das liegt nicht zuletzt an der Konstruktion des Organs, das laut Artikel 24 der Charta die «Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit» trägt: des UN-Sicherheitsrats. Dessen überkommene Struktur wird von den ständigen, mit Vetorecht ausgestatteten Mitgliedern für ihre nationalen Interessen instrumentalisiert. Der Vertrauensverlust speist sich zudem

²⁴ Benninghoff, Martin: UN-Vollversammlung: Hilflös in New York, in: Frankfurter Rundschau, 21.9.2022, unter: www.fr.de/meinung/kommentare/un-generalversammlung-hilflös-in-new-york-91800996.html.

²⁵ BICC u. a.: Friedensgutachten 2023, S. 37.

daraus, wie die UNO in den vergangenen drei Jahrzehnten bei Konflikten interveniert hat.²⁶

Die Anfänge waren vielversprechend. In der Zeit des Kalten Kriegs beschränkten sich die meisten UN-Friedensmissionen darauf, einen Waffenstillstand oder Friedensvertrag durch die Präsenz internationaler Streitkräfte oder Militärbeobachter*innen zu sichern, sei es 1948 im Nahen Osten oder seit 1964 auf Zypern. Diese Einsätze folgten der «heiligen Trias» der Friedenssicherung: Sie basierten erstens auf der Zustimmung aller Konfliktparteien. Die Blauhelme waren zweitens zur Neutralität verpflichtet. Drittens war Waffengewalt auf die Selbstverteidigung beschränkt.²⁷ So gelang es mehrfach, Frieden zu stabilisieren.

Seit 1990 und mit der Zunahme innerstaatlicher Konflikte hat sich der Charakter der Missionen allerdings verändert: Frieden sollte nicht nur gesichert, sondern militärisch hergestellt werden. Unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta²⁸ beschloss der Sicherheitsrat «robuste Mandate»: Blauhelme griffen – nun ohne Zustimmung aller Konfliktparteien und de facto parteinehmend – auch mit Waffengewalt in heiße Konflikte ein. Die Verschiebung von Friedenssicherung und -konsolidierung hin zur Friedensschaffung und -durchsetzung mit militärischen Mitteln überdehnte die Mandate. Mangelhaft ausgestattete Blauhelm-Truppen wurden mit unklaren Aufgaben in die Welt entsandt. So kam es trotz Präsenz von UN-Kräften zu den Genoziden in Ruanda und im bosnischen Srebrenica. Immer häufiger wurden die Blauhelme selbst in blutige Kämpfe verstrickt. Ob im Kosovo, im Südsudan, im Ostteil der DR Kongo, in Haiti oder in Mali: Frieden schaffen konnten sie nicht. Ausbleibende Fortschritte und auch von UN-Truppen begangene Menschenrechtsverletzungen haben Vertrauen zerstört. Viele Missionen werden inzwischen sogar von der Zivilbevölkerung, deren Schutz sie dienen sollen, als fruchtlose, illegitime oder «westliche» Einmischung abgelehnt. In den vergangenen Jahren hat

26 Vgl. ausführlich Paul, James A.: Die Füchse im Hühnerhof. Oligarchie und globale Machtausübung im Weltsicherheitsrat, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, 2017, unter: <https://rosalux.nyc.de/die-fuechse-im-huehnerhof>. **27** Zu den Blauhelmen vgl. auch die 6. Folge des Podcasts *dis:arm* – Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 19.9.2023. **28** Die Charta der Vereinten Nationen, unter: <https://unric.org/de/charta>.

sich eine neue Entwicklung abgezeichnet: Statt selbst Blauhelme zu entsenden, beauftragt der Sicherheitsrat immer häufiger Staaten(gruppen) oder Regionalorganisationen wie die NATO, die EU oder die Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten ECOWAS mit Missionen. Von den 77 internationalen Friedenseinsätzen Ende 2022 wurde nur noch knapp ein Drittel von der UNO selbst durchgeführt.²⁹

Bei aller berechtigter Kritik an den Vereinten Nationen wäre es aus linker Perspektive dennoch fatal, sich vom Multilateralismus abzuwenden und das Prinzip einer gemeinsamen Verantwortlichkeit für Sicherheit und Frieden aufzugeben. Es braucht institutionalisierte Foren für einen globalen Austausch. Die UNO verfügt noch am ehesten über die Legitimität, die rechtlichen Befugnisse und die Strukturen, um Friedensprozesse zu initiieren, zu moderieren und abzusichern. Ihr Repertoire an Möglichkeiten ist breit. Es reicht von der Entsendung eines Sonderbeauftragten und diplomatischen Initiativen über politische Missionen und zivile Zwangsmaßnahmen (siehe Mythos 4) bis hin zur Wiederherstellung von Sicherheit, zum Aufbau legitimer Strukturen sowie zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung nach der Beendigung von Konflikten. Auch Sonderorganisationen und Programme wie das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars oder des Hohen Kommissars für Menschenrechte sowie das UN-Entwicklungs- oder das Welternährungsprogramm leisten in Konfliktsituationen unerlässliche Dienste. Statt weiter militärisch zu intervenieren, sind die viel wirksameren zivilen Fähigkeiten der Vereinten Nationen zu stärken.

Voraussetzung dafür sind umfassende Reformen: Die Strukturen der UNO müssen grundlegend demokratisiert werden. Eine bloße Erweiterung der Zahl der festen Mitglieder des Sicherheitsrats reicht bei Weitem nicht. Welche Befugnisse dringend in die UN-Generalversammlung zu verlagern sind, welche Bedeutung zivilgesellschaftliche Akteure in den Entscheidungsstrukturen bekommen sollen oder ob noch viel weiterreichende Veränderungen bis hin zur Neugründung nötig sind – das sind offene Fragen. Klar ist nur: Den globalen Krisen und Konflikten

29 Übersicht der «Multilateral Peace Operations 2022» des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), unter: www.sipri.org/sites/default/files/2022-05/mpo22.pdf.

kann die Menschheit nur im Dialog und multilateral begegnen. Der Weg zu einer «Weltorganisation», die nicht nur die Interessen von Staaten, sondern die Anliegen aller Menschen vertritt, erscheint momentan utopisch. Aber genau dafür gilt es zu streiten.

Auch wenn die UNO viele Schwächen hat: Historisch gesehen ist es ein großer Menschheitsfortschritt, dass dort fast alle Nationen zusammensitzen und Probleme verhandeln. Wir müssen sie stärken und demokratischer machen, damit sie wieder mehr Einfluss gewinnen kann.

11

«ALS EINZELNE KANN MAN JA OHNEHIN NICHTS TUN»

«Friedensbewegung aus der Zeit gefallen?»

tagesschau, 16.4.2022³⁰

35

Was wird gesagt?

Das globale Krisengeschehen mit seiner Vielzahl an Konflikten und Kriegen ist überwältigend. Konzepte von kooperativer und menschenzentrierter Sicherheit sind von der politischen Agenda verdrängt. Ändern können das nicht die Bürger*innen, sondern nur die Regierungen.

Was ist dran?

Vielfältige Krisen, eskalierende Konflikte, immer neue Kriege und gleichzeitig zunehmende Aufrüstung: Angesichts der Entwicklungen, wie sie auch auf den vorangegangenen Seiten beschrieben sind, kann sich leicht das Gefühl von Ohnmacht oder der Wunsch nach Rückzug aus dem Politischen einstellen. Doch die Geschichte ist nicht vorbei. Die Militarisierung der internationalen Beziehungen und die Eskalation von Konflikten sind Folge politischer Prozesse. Als solche sind sie auch hinterfrag- und umkehrbar.

³⁰ Zajonz, David: Friedensbewegung aus der Zeit gefallen?, tagesschau, 16.4.2022, unter: www.tagesschau.de/inland/ostermaersche-krisenzeiten-101.html.

«Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden.» So heißt es in der 1945 verabschiedeten Verfassung der UNESCO. Sie erinnert daran, dass jedes Bedrohungsszenario, jedes Konzept militarisierter Sicherheit sowie die Bereitschaft zu Krieg hergestellt werden: Sie müssen erdacht, verbreitet, eingeschränkt, politisch durchgesetzt und institutionell verankert werden. Zusammenhänge müssen ausgeblendet und andere Perspektiven aus dem Diskursfeld gedrängt werden. Einer Aufrüstung geht eine innergesellschaftliche Mobilisierung voraus. Das gelingt indes umso weniger, je mehr Ein- und Widerspruch es gibt. Dieser ist nicht nur nötig, sondern weiterhin möglich. In Gesprächen im Freundes- und Bekanntenkreis, auf Veranstaltungen, in öffentlichen Meinungsäußerungen, Briefen an politische Verantwortliche – jede*r hat Gelegenheit, Perspektiven für eine gewaltfreie Gesellschaft zu verteidigen und starkzumachen.

36

Dabei gilt: Individueller Widerspruch ist gut, organisierter Widerstand ist besser. Trotz der Krise der traditionellen Friedensbewegung gibt es noch und wieder zahlreiche Anknüpfungspunkte, um sich gemeinsam für eine friedlichere Welt einzusetzen, sei es in lokalen Friedensgruppen, Aktionsbündnissen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken. Die einen leisten wichtige Recherche- und Aufklärungsarbeit und organisieren Gegenöffentlichkeit, andere fördern internationale Vernetzung oder intervenieren aktivistisch, sei es auf Waffentagungen oder bei NATO-Gipfeln. Daneben gibt es Initiativen und Organisationen, die sich in Konfliktregionen selbst für Frieden, Menschenrechte und Gerechtigkeit einsetzen und dabei Unterstützung benötigen.

Gerade in düsteren Zeiten hilft es, sich zu vergegenwärtigen, wie wirksam politischer Druck von unten sein kann. Zwei Beispiele: 1991 waren es einige wenige Personen und nichtstaatliche Organisationen, darunter medico international aus Deutschland, die eine internationale Kampagne zum Verbot von Landminen ins Leben riefen. Diese wuchs schnell zu einer weltweiten Bewegung, die nicht ignoriert werden konnte. 1997 wurde ein völkerrechtlicher Vertrag zur Ächtung von Antipersonenminen abgeschlossen. Infolge des sogenannten Ottawa-

Abkommens, das inzwischen 164 Staaten unterzeichnet haben, ist die Zahl der Landminenopfer drastisch gesunken.

Auch das Internationale Waffenhandelsabkommen, das 2013 zustande kam, begann als Initiative weniger. In den 1990er-Jahren forderten mehrere Friedensnobelpreisträger die internationale Staatengemeinschaft zu einer Regelung des Waffenhandels auf. Ab 2003 unterstützte die von Nichtregierungsorganisationen getragene Kampagne «Waffen unter Kontrolle» die Forderung. Das Anliegen breitete sich aus, der Druck wuchs. Ab 2006 beschäftigte sich die UN-Generalversammlung mit der Ausarbeitung eines verbindlichen Abkommens, nach zähen Verhandlungen wurde 2013 der sogenannte Arms Trade Treaty (ATT) mit überwältigender Mehrheit verabschiedet. Die Gefahr durch Landminen ist nicht vom Erdboden verschwunden, der Handel mit Waffen mitnichten unterbunden. Trotzdem haben beide Abkommen einen Unterschied gemacht und unzählige Menschenleben gerettet. Vor allem aber zeigen die Beispiele, was aus bescheidenen Anfängen durch zielgerichtete Kampagnen und Zusammenarbeit entstehen kann: eine Gegenmacht für menschenzentrierte Sicherheit, Frieden und Gerechtigkeit.

37

Wie unerwartet und schnell sich ein unüberhörbarer Protest erheben kann, haben die Großdemonstrationen gegen den Rechtsruck Anfang des Jahres überall im Land eindrucksvoll bewiesen. Gerade heute braucht es auch wieder eine Initiative von unten für umfassende Abrüstung. Denn Deutschland steht mit dem 100-Milliarden-Paket für die Bundeswehr nicht allein, sehr viele Länder rüsten gerade massiv auf. Das zu durchbrechen, wäre ein wichtiges Ziel. Dazu gibt es seit Längerem eine spannende Abrüstungsidee: Wenn alle Länder gleichzeitig ihren Militäretat um zehn Prozent absenken, bleibt die relative Sicherheit für jedes einzelne Land gleich. Das Gleichgewicht der Kräfte würde nicht verändert. Diese Idee funktioniert sogar mit dem herrschenden Sicherheitsverständnis, weil entweder alle mitmachen – oder niemand.

Laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI wurden im Jahr 2022 weltweit über 2,24 Billionen (!) US-Dollar fürs Militär aus-

gegeben. Eine Senkung um zehn Prozent würde allen Staaten sehr viel Geld für die Bekämpfung der Klimakrise sowie von Hunger und Armut in die Kassen spülen. Zehn Prozent weniger für Rüstungsausgaben, zehn Prozent mehr für alle Menschen.

Abrüstung von unten ist keine linke Spinnerei, sondern hat in der Vergangenheit schon oft genug funktioniert. Allein machen sie dich ein, aber gemeinsam werden wir Abrüstung und Entspannungspolitik wieder auf die Tagesordnung setzen!

Impressum

luxemburg argumente Nr. 22

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2193-5831 · Redaktionsschluss: Februar 2024

Autor: Christian Sälzer

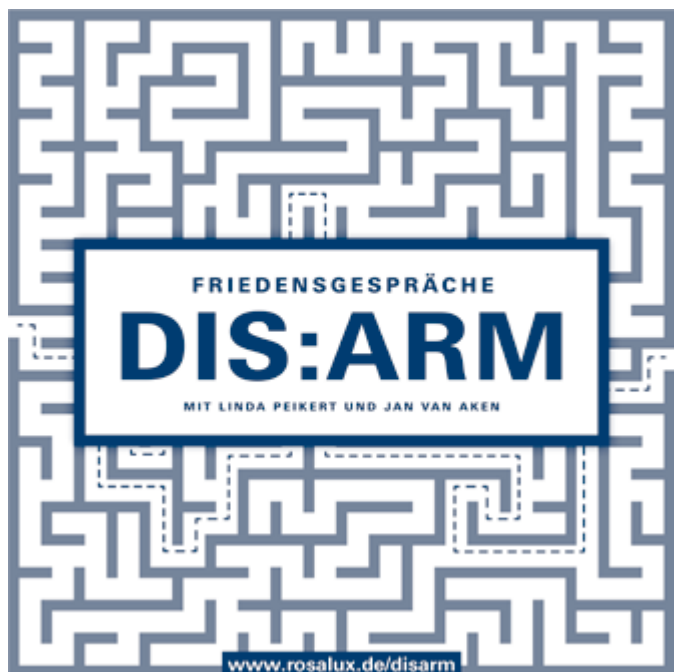
Illustrationen: Marie Geißler

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung.
Sie wird kostenlos abgegeben und darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden.



Der Podcast «dis:arm – die Friedensgespräche der Rosa-Luxemburg-Stiftung», moderiert von Linda Peikert und Jan van Aken, beleuchtet monatlich ein aktuelles Kriegsgeschehen oder diskutiert Konzepte einer linken Friedenspolitik. Wie funktionieren überhaupt Friedensgespräche? Was können Sanktionen und was nicht? Was passiert gerade im Jemen, in der Türkei, im Iran oder in Gaza/Israel? Und wie können wir uns für Abrüstung einsetzen?

Feedback, Lob und Kritik erreichen uns unter disarm@rosalux.org.



WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN



Jan van Aken

**«KEIN PANZER GEHT
IN KRIEGSGEBIETE»**
Irrtümer und Mythen über
Waffenexporte – und warum
wir ihr Verbot brauchen

luxemburg argumente Nr. 16

November 2018

40 Seiten

ISSN 2193-5831

Download unter:

www.rosalux.de/publikation/id/39650



Stephan Kaufmann

**GELD ALLEIN MACHT
NICHT GLÜCKLICH!**
Mythen und Irrtümer
zum Reichtum

luxemburg argumente Nr. 21

Dezember 2023

36 Seiten

ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:

www.rosalux.de/publikation/id/51425

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

